



TARIFVERHANDLUNGEN

Fahnen hoch und Pfeifen raus!

Keine zeitgleiche Übernahme des Tarifiergebnisses – Beamte werden massiv benachteiligt!

Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst endeten mit einer eher moderaten Lohnerhöhung für die Tarifbeschäftigten. Einige Länder, darunter Niedersachsen, kündigten unmittelbar danach an, das Ergebnis auch auf die Beamten übertragen zu wollen. Nicht so in Bremen. Hier gelangte ein Gesetzentwurf in die Bürgerschaft, der die Abkoppelung vom Tarifabschluss vorsieht.

Entsprechend groß war der Unmut der etwa 450 Polizistinnen und Polizisten, die am 5. April an der Personalversammlung der Polizei Bremen teilnahmen. Folgerichtig wurde die Personalversammlung unterbrochen, um gemeinsam mit den gleich nebenan zur Personalversammlung zusammengekommenen Lehrerinnen und Lehrern vor die Bürgerschaft zu marschieren.

Der Protestmarsch der Beamtinnen und Beamten Bremens, es hatten sich auch Feuerwehrleute und Verwaltungsbeamte auf den Weg zum Regierungsgebäude gemacht, schwoll gewaltig an. Selten haben wir so viele kampfbereite beamtete Staatsdiener gesehen. Wo bisher eher Zurückhaltung und Loyalität zum Land zu beobachten waren, äußert sich jetzt angesichts des unverfrorenen Griffs ins Portemonnaie deutlicher Protestwille.

Der stellvertretende Gesamtpersonalratsvorsitzende, **Burkhard Radtke**, brachte den Unmut der Teilnehmer in seiner Rede deutlich auf den Punkt. Seiner Aufforderung nach jeder einzelnen Kritik: Fahnen hoch und Pfeifen raus, folgte ohrenbetäubender Lärm, der im Bürgerschaftsgebäude einfach nicht überhört werden konnte. Wobei das „Pfeifen raus“ durchaus doppeldeutig im Hinblick auf die anstehenden Wahlen in diesem Monat verstanden werden darf.

Wie wir inzwischen wissen, halfen alle Proteste nichts. Die Bürgerschaft be-

schloss am 7. April 2011 den vorgelegten Gesetzentwurf (siehe Kasten). Damit werden die Beamtinnen und Beamten in Bremen zum wiederholten Male massiv benachteiligt. Sie zahlen die Zeche für eine seit vielen Jahren verfehlte Finanzpolitik, für sinnlose Ausgaben, für

Fortsetzung auf Seite 2



Lautstarker Protest der Beamtinnen und Beamten vor der Bremer Bürgerschaft gegen die Abkoppelung vom Tarifiergebnis 2011.

Bis A 8

Zum 1. April 2011

Erhöhung um 1,5 Prozent
Einmalzahlung in Höhe von 360,- €

Zum 1. April 2012

(verschoben um drei Monate)

Erhöhung um 1,9 Prozent
Danach Erhöhung Sockelbetrag um 17,- €

A 9 bis A 11

Zum 1. April 2011

Erhöhung um 1,5 Prozent
Einmalzahlung entfällt

Zum 1. April 2012

(verschoben um drei Monate)

Erhöhung um 1,9 Prozent
Danach Erhöhung Sockelbetrag um 17,- €

A 12 und höher

Zum 1. Oktober 2011

(verschoben um sechs Monate)

Erhöhung um 1,5 Prozent
Einmalzahlung entfällt

Zum 1. Oktober 2012

(verschoben um zehn Monate)

Erhöhung um 1,9 Prozent
Danach Erhöhung Sockelbetrag um 17,- €

Anwärter

Zum 1. April 2011

Erhöhung um 1,5 Prozent
Einmalzahlung in Höhe von 120,- €

Zum 1. April 2012

(verschoben um drei Monate)

Erhöhung um 1,9 Prozent
Danach Erhöhung Sockelbetrag um 6,- €



TARIFVERHANDLUNGEN

Fortsetzung von Seite 1

kostenträchtige Prestigeprojekte der regierenden Parteien, die Kosten für z. B. eine verfehlte Verkehrspolitik.

Wer will diesen Politikern noch glauben, die auf Wahlplakaten soziale Gerechtigkeit und eine faire Gesellschaft versprechen?

Bleibt die Frage, ob das Alimentsprinzip über dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes steht. Beamte dürfen nicht streiken, sie müssen darauf vertrauen, dass ausgehandelte Tarifergebnisse für den öffentlichen Dienst auf sie übertragen werden. Bleibt das mehrfach aus, könnte der Gleichheitsgrundsatz durchaus verletzt sein. Das darf man auch annehmen hinsichtlich der ungleichen Behandlung der verschiedenen Besoldungsgruppen. Eine Klage vor dem Verfassungsgericht könnte Klarheit bringen.

Die Gewerkschaften sind gefordert!
Wolfgang Ahlers



Lehrer und Polizisten brachen ihre Personalversammlungen ab und machten sich auf den Weg zum Bremer Marktplatz.

TERMIN

Redaktionsschluss für die **Juni-Ausgabe 2011**, Landesjournal Bremen, ist der **9. Mai 2011**.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de

KOMMENTAR

**Rot-Grün: Verhandlungsrechte?
Nein danke!**

Der DGB, die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und die öffentlichen Arbeitgeber in Bremen waren miteinander schon einmal weiter in Sachen Beteiligungsrechte. Im Januar 2008 kam es auf Druck der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu (Verhandlungs-)Gesprächen mit der rot-grünen Koalition zur Übernahme des Tarifergebnisses aus dem Jahre 2006 in Höhe von 2,9%. In mehreren Runden, die vom damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Carsten Sieling gemeinsam mit dem DGB vereinbart wurden, kam es zu einem gemeinsam getragenen Ergebnis.

Davon wollen heute alle nichts mehr wissen. Im Gegenteil, die Grünen gefallen sich in der Rolle der Sanierer und die SPD taucht mehr oder weniger ab.

Auffallend dabei ist, dass ausgerechnet die Grünen sich in ihren öffentlichen Äußerungen immer wieder auf das Beamtenrecht zurückziehen und die nach ihrer Auffassung fehlende Rechtsgrundlage betonen. „Verhandlungen finden mit ihnen (den Beamtinnen und Beamten) nicht statt!“, so Finanzsenatorin Karoline Linnert in einem Interview mit „Buten und Binnen“ vom 5. April 2011.

Das stimmt. Es fand noch nicht einmal ein Meinungsaustausch statt, mit dem Ziel, sich auf den unterschiedlichen Positionen anzunähern.

Eines wurde ganz deutlich, weder die SPD noch die Grünen wollten mit den Gewerkschaften ein Gespräch auf Augenhöhe führen und das war ärmlich. Sie zeigen mehr oder weniger schamlos, dass sie versuchen werden, weiterhin ungehinderten Zugriff auf die Einkommen der Beamtinnen und Beamten zu haben.

Mich hat die Vorgehensweise von SPD und Bündnis 90/Die Grünen darin bestärkt, um unsere Arbeitnehmerrechte zu kämpfen. Ob Beamte oder nicht, das Einzige, was wir verkaufen können, ist unsere Arbeitskraft und das so teuer wie möglich.

Horst Göbel



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X



Einschüchterungsversuche des Personalamtes

Im Leitbild der Stadtverwaltung Bremerhavens, zu der auch die Ortspolizeibehörde gehört, heißt es: Wir pflegen ein kollegiales Arbeitsklima. Dies schließt die Förderung eines optimalen Informationsflusses und die Notwendigkeit der gegenseitigen Anerkennung und Unterstützung der Mitarbeiter mit ein.

Die Tarifverhandlungen zum TV-L betreffen in unserer Kreisgruppe nur die Beamtinnen und Beamten. Unsere Kolleginnen und Kollegen im Tarifbereich werden nach dem TVöD beschäftigt. Das ist bei uns ebenso hinlänglich bekannt wie der Umstand, dass Polizeibeamtinnen und -beamte kein Streikrecht haben.

Aber selbstverständlich haben wir als Beamtinnen und Beamte das Recht, für unsere Berufsinteressen und unser Einkommen zu demonstrieren. Und so hat die Kreisgruppe auch ihre Mitglieder nach Abstimmung mit der Behördenleitung mit folgendem Wortlaut per E-Mail zur Kundgebung am 3. März 2011 aufgerufen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beiliegend unser Aufruf zur Teilnahme an der Kundgebung am 3. März in Bremen. Es handelt sich hierbei um die zentrale Kundgebung in Norddeutschland, die sonst in Hannover stattgefunden hat.

Unser Aufruf richtet sich an alle Beamtinnen und Beamten unter unseren Mitgliedern.

Für die Teilnahme an der Kundgebung muss selbstverständlich dienstfrei genommen werden. Die Beamtinnen und Beamten müssen für die Teilnahme an der Kundgebung ihre Freizeit opfern.

In dem später zitierten Aufruf hieß es dann lediglich:

Fahrt mit uns am 3. März 2011 zum Demonstrations- und Aktionstag nach Bremen!

Am Tag vor der Kundgebung hat das Personalamt des Magistrats ein Rund-

säumten Dienstzeit Ihren Anspruch auf Dienstbezüge in Höhe der auf die versäumten Stunden entfallenden Stundensätze bis hin zu einem ganzen Tagessatz.

Die Einleitung von Disziplinarverfahren behält sich der Dienstherr vor.

Um es sich noch einmal auf der Zunge zergehen zu lassen: Die Teilnahme an dieser und ggf. weiteren Aktionen stellt eine Dienstpflichtverletzung dar, heißt es dort. Weiterhin werden Sanktionen für die Teilnahme an Protestaktionen ange-



Trotz massiver Drohgebärden des Personalamtes Bremerhaven nehmen auch Beamte für sich das Demonstrationsrecht in Anspruch.

schreiben an alle Beamtinnen und Beamten der Ortspolizeibehörde geschickt. In dem Schreiben wurde erklärt, dem Personalamt sei bekannt geworden, dass die Beamtinnen und Beamten der Ortspolizeibehörde zum Warnstreik aufgerufen worden seien (was definitiv nicht stimmt!). Beamtinnen und Beamten sei es untersagt zu streiken.

Weiterhin erklärte das Personalamt:

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die Teilnahme von Beamtinnen und Beamten an dieser und ggf. weiteren Aktionen eine Dienstpflichtverletzung darstellt, die dementsprechend behandelt werden muss.

Bei Teilnahme an diesen Protestaktionen verlieren Sie je nach Dauer der ver-

kündigt. Es wird nicht mehr zwischen Streik und Ausübung des Demonstrationsrechts differenziert. Nun könnte es sich um eine sprachliche Nachlässigkeit handeln, was bereits schlimm genug wäre. Das Personalamt wird aber von Juristen geführt und da ist es wohl durchaus berechtigt anzunehmen, dass diese Formulierungen bewusst gewählt wurden.

Vielleicht sollte der Magistrat folgenden Passus in sein Leitbild aufnehmen:

Wir behindern Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit, indem wir deren Mitglieder durch gezielt undifferenzierte Drohungen einschüchtern.

Jörg Eilers

GESCHÄFTSSTELLE

Himmelfahrt geschlossen

Die Geschäftsstelle der GdP bleibt am 2. und 3. Juni geschlossen.



Wahlprüfsteine 2011 – Die Antwort

Vor den Bürgerschaftswahlen stellen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes den Parteien Fragen in Form von Wahlprüfsteinen. Im Folgenden veröffentlichen wir einen Teil der Fragen und deren Antworten durch die Parteien. Aufgrund des Textumfangs ist es nicht möglich, die Antworten komplett abzudrucken. Wir geben deshalb hier nur einen Auszug aus den Fragen und Antworten wieder. Wir bedanken uns auf diesem Wege bei den Parteien für die umfangreiche Befassung mit unseren Wahlprüfsteinen. Alle Fragen und Antworten sind auf unserer Homepage unter www.gdp-bremen.de zu finden.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass zukünftige Tarifiergebnisse auch für den Beamtenbereich zeitgleich und in voller Höhe übernommen werden und es zukünftig keine Spaltung zwischen Tarifbeschäftigte, Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängern bei Tarifierhöhungen mehr geben wird?



Auch unter den Bedingungen des Konsolidierungskurses im Personalbereich bis 2020 wollen wir Sozialdemokraten grundsätzlich eine Gleichbehandlung von Tarifbeschäftigten und Beamten sicherstellen. Eine wirkungsgleiche Übertragung der Tarifiergebnisse haben wir bei der letzten Besoldungserhöhung erreichen können. Auch in den nun anstehenden Gesprächen werden wir uns dafür einsetzen, dass Bremens Beamtinnen und Beamten am Tarifiergebnis für den öffentlichen Dienst teilhaben. Wir werden uns gegen eine Auseinanderentwicklung des Einkommens von Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamten engagieren.



Zu der Frage lag zum Zeitpunkt der Beantwortung noch kein Beschluss der Bündnisgrünen vor.



Aufgrund der extremen Haushaltsnotlage hat die CDU Bremen sich für einen Notlagentarifvertrag eingesetzt. Leider wurde dieser Vorschlag von der Koalition abgelehnt. Die Finanzsenatorin hat einen Notlagentarifvertrag für den Fall zu hoher Abschlüsse bei den Tarifverhandlungen angedroht, aber bei dem für Bremen zu hohen Abschluss leider unterschrieben, anstatt die

richtigen Konsequenzen zu ziehen. Aufgrund der Verfassungswidrigkeit des Haushaltsgesetzes für den Haushalt 2011 gehen wir davon aus, dass sämtliche Ausgaben neu überprüft werden müssen. Die CDU Bremen ist der Ansicht, dass, wenn man schon Tarifierhöhungen für die Angestellten des öffentlichen Dienstes vornimmt, diese dann auch aus Gründen der Einheitlichkeit und Gleichheit für die Beamtinnen und Beamten im Land Bremen entsprechend gelten sollten.



Bremen ist Haushaltsnotlageland. Trotz Sanierungsmilliarden vom Bund ist es der so genannten Großen Koalition nicht gelungen, die Situation nachhaltig zu verbessern. Nun gelten die Regelungen der Schuldenbremse für Bremen. Bis 2020 müssen Einnahmen und Ausgaben in Einklang gebracht werden. Wenn es dem Senat auch künftig wie dem derzeitigen rot-grünen Senat am Willen fehlt, die nötigen Sparanstrengungen zu unternehmen, wird es nicht möglich sein, Tarifierhöhungen für Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfänger zum selben Startzeitpunkt zu übernehmen.



Alle abhängig Beschäftigten, die im öffentlichen Dienst arbeiten, tragen gleichermaßen zur Erfüllung der staatlichen Aufgaben bei. Eine unterschiedliche Behandlung bei der Erhöhung der Entgelte ist für uns nicht akzeptabel. Daher werden wir uns auch in Zukunft gegen die Spaltung im öffentlichen Dienst wehren und uns für die gleiche und gleichzeitige Übernahme der Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst einsetzen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass sich kurzfristig die Laufzeiten von TVöD

und TV-L parallel entwickeln und mittelfristig die beiden Tarifverträge wieder zusammengeführt werden?



Wir können Ihnen versichern, dass Ihr Anliegen bei uns auf hohes Verständnis stößt und auch unsere Unterstützung findet. Wir werden gerne, obwohl wir aus bremischer Sicht keinen unmittelbaren Einfluss auf diese Entwicklung nehmen können, Ihr Anliegen in die entsprechenden Beratungen einbringen.



Das Nebeneinander der beiden Tarifverträge ist gegenwärtig noch durch die unterschiedlichen Laufzeiten gegeben. Eine Aufhebung der Trennung und Zusammenführung ist sicherlich gerade für Bremen eine lohnende Aufgabe, die wir unterstützen. Aber nur Bremen hat so unmittelbar die Probleme des Nebeneinander und der schwierigen Abgrenzungen; deshalb gibt es aufseiten der jeweiligen Arbeitgeberverbände gegenwärtig keine Aussicht auf Unterstützung dafür.



Eine Zusammenlegung der beiden Tarifverträge liegt nicht in der Kompetenz der Bundesländer. Der TVöD gilt insbesondere für die Angestellten des Bundes und der Kommunen und der TdL für die Angestellten der Länder. Aufgrund der Föderalismusreform wurde parallel zum Beamtenrecht die Länderkompetenz gestärkt. Eine unterschiedliche Entgeltstruktur ist aus unserer Sicht nicht erkennbar. Aufgrund der Gültigkeit des TdL in den Ländern sehen wir aktuell keinen Handlungsbedarf für einen Bremer Alleingang.



Wir halten es für sinnvoll, wenn Tariffragen im Zusammenhang und parallel geklärt werden können.



DIE LINKE teilt die Auffassung, dass es notwendig ist, die Laufzeiten von TV-L und TVöD, wie auch von den Gewerkschaften gefordert, anzugleichen und perspektivisch beide Tarifver-



ten der Parteien auf unsere Fragen

träge zusammenführen. Die Durchsetzung dieser Forderung ist nicht alleine von der Meinung einzelner Parteien abhängig, sondern aufgrund der Tarifautonomie auch von der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst. DIE LINKE unterstützt daher grundsätzlich die Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen und ruft Beschäftigte auf, Gewerkschaftsmitglied zu werden.

Frage:

Sind Sie bereit, die Zahl der künftigen Einstellungen im Bereich der Polizei

- a) so zu wählen, dass eine verlässliche Personalplanung mit 2600 Polizeibeschäftigten in Bremen und 487 in Bremerhaven möglich ist?
- b) an die altersbedingte Fluktuation anzupassen?
- c) künftig um weitere mindestens 25% zu erhöhen, um außerplanmäßige Abgänge sowie Elternzeiten auffangen zu können?



Trotz anhaltendem Konsolidierungszwang im Personalbereich werden wir für einen bestmöglichen Schutz der Bevölkerung für eine adäquate Personalausstattung der Polizei sorgen. Wir werden keine Personaleinsparungen vornehmen und den Personalbestand auf dem jetzigen Niveau halten. Auch werden wir für eine bedarfsgerechte Ausbildung und für die nächste Legislaturperiode für mindestens 440 neue Polizistinnen und Polizisten für Bremen und 100 für Bremerhaven sorgen.



Keine Regierung hat annähernd so viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte eingestellt, wie diese rot-grüne Regierung. 120 Polizeianwärter jährlich sind ein deutliches Zeichen auch an die Polizei gewesen. Richtig ist aber auch, dass wir heute die Fehler von gestern beklagen. In Zeiten der Großen Koalition galt die Polizei nicht als Schwerpunkt und die Folge ist nun, dass wir unter der Zielzahl von 2600 Kräften bleiben. Durch die freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit und Einsparungen bei Aufgaben soll diese Lücke geschlossen werden.



Wir treten für die Zielzahl von 2600 Polizeibeamten in Bremen und 480 in Bremerhaven ein. Dies haben wir in unser Wahlprogramm (S. 42) aufgenommen. Ihnen ist bekannt, dass die CDU sich in der aktuellen Diskussion um Einstellungen bei der Polizei auch parlamentarisch dafür eingesetzt hat, dass im Jahre 2011 120 Auszubildende eingestellt werden; diese fordern wir. Die CDU hat immer deutlich gemacht, dass bei der Ermittlung von Ausbildungszahlen auch für die nächsten Jahre die Personalabgänge die Grundlage bilden müssen. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass auch in der nächsten Legislaturperiode eine dementsprechende Anzahl von Auszubildenden eingestellt wird. Der Grund ist nicht nur die Notwendigkeit einer Kompensation von Abgängen, sondern auch der Erhalt einer ausgewogenen Altersstruktur. Parallel will die CDU Bremen eine PEP-Quote für die Polizei vermeiden. Wir halten es zunächst für wichtiger, dass Zielzahlen von 2600 Beamten in Bremen und 487 Beamten in Bremerhaven erreicht werden. Mit Erreichen dieser Zielzahlen werden viele außerplanmäßige Abgänge bereits kompensiert, sodass wir erwarten, dass eine Erhöhung der Zielzahl zunächst einmal nicht erforderlich wird.



Wir kritisieren schon seit langem, dass die Senate der so genannten Großen und der jetzigen Koalition die Personalplanung nicht am Bedarf von 2600 Polizistinnen und Polizisten in Bremen und 487 in Bremerhaven ausrichtet. Wir halten es für überfällig, entsprechende Einstellungskorridore zu öffnen, damit diese Personalstärken erreicht werden. Schon die zögerlichen Planungen für 2011 haben wir deshalb kritisiert. Für uns ist es selbstverständlich, dass bei den Einstellungszahlen die Altersabgänge sowie sonstige Abgänge mit berücksichtigt werden müssen. Angesichts der Herkulesaufgabe, die dies allein schon darstellt, sollten weitere Überlegungen erst angestellt werden, wenn dieses Ziel endlich in Reichweite ist.



Nicht nur im Polizeibereich, sondern im gesamten öffentlichen

Dienst ist die akute Personalnot nicht mehr akzeptabel. Eine Hauptforderung der LINKEN ist es, den Personalabbau im öffentlichen Dienst zu stoppen. Darunter fällt in der praktischen Umsetzung selbstverständlich eine verlässliche Personalplanung, die sich an den Bedarfen orientiert und nicht an der Haushaltslage des Landes. Die Forderungen der GdP zu dieser Fragen werden von uns unterstützt.

Frage:

Werden Sie sich für die Erhöhung der Wechselschichtdienstzulage sowie der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) auf mindestens fünf Euro je Stunde einsetzen?



Wir haben festgestellt, dass mit den unterschiedlichen Zulagen nicht immer angemessen auf die besonderen Belastungen des Polizeidienstes reagiert werden kann. Wir wollen deshalb, dass der bereits erarbeitete Vorschlag mit dem Ziel einer einheitlicheren Gestaltung in der nächsten Legislaturperiode abschließend erörtert und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen umgesetzt wird.



Die Anpassung von Zulagen muss regelmäßig überprüft werden, in der Sache und in der Höhe. Eine Zusage können wir aber angesichts der Haushaltslage Bremens nicht machen.



Der Anspruch auf die Zahlung von Wechselschicht- und Schichtzulagen sowie Zulagen für die besonderen polizeilichen Einsätze des SEK und MEK ergeben sich aus den dafür geschaffenen gesetzlichen Grundlagen. Hieran werden wir uns orientieren; eine Änderung sehen wir nicht als erforderlich und auch nicht als möglich an (siehe auch Antwort 1.1.3)².



Wer etwas leistet, hat sicher Anspruch auf angemessene Bezahlung. Zugleich gilt das unter 1.1.3² Gesagte auch hier.

Fortsetzung auf Seite 6



POLITIK

Fortsetzung von Seite 5

Insofern ist im Rahmen der Beratung und Beschlussfassung über die neuen Besoldungsgesetze hier zu betrachten, wie sich das Besoldungsrecht an dieser Stelle in anderen Ländern und beim Bund weiterentwickelt.

DIE LINKE. Die Zahlung von Zulagen für Tätigkeiten unter erschwerten Bedingungen, z. B. bei Wechselschicht, ist nach wie vor notwendig. Problematisch ist es, derartige Zulagen pauschal zu fixieren und damit von der allgemeinen

Entgelt- und Preisentwicklung abzukoppeln. Kurzfristig unterstützen wird Forderungen nach einer Erhöhung der Zulagen, sehen es aber mittelfristig als sinnvoller, die Zulage dynamisch zu gestalten, d. h., die Zulagen prozentual an die Entgelte und Besoldungen zu koppeln.

¹ Antwort SPD

Die Antwort der SPD zur Übernahme des Tarifabschlusses 2009 ist nicht ganz korrekt. Damals wurde der im Tarifbereich ausgehandelte Sockelbetrag von 40,-€ um die Hälfte gekürzt und der Einmalbetrag in Höhe von 40,-€ für die Beamtinnen und Beamten gestrichen.

² Antworten CDU und FDP

CDU und FDP beziehen sich hier in ihren Antworten auf die Frage nach der Wiedereinführung der Sonderzuwendung in voller Höhe (Weihnachtsgeld). Beide betonen die prekäre Haushaltslage Bremens und die damit verbundenen schlechten Rahmenbedingungen für eine Sonderzuwendung in alter Höhe. Doch während die CDU in Aussicht stellt, bei einer Verbesserung der finanziellen Lage Bremens das in Erwägung zu ziehen, findet sich eine solche Aussage bei der FDP nicht.

Der Landesvorstand

POLITIK

GdP-Mitglieder treten zur Wahl in die Bürgerschaft an

Wie, wo und warum sie sich parteipolitisch engagieren

Am 22. 5. finden im Land Bremen Bürgerschaftswahlen statt. Einige GdP-Mitglieder wollen dabei mehr sein als kritische Wähler und haben es sich selbst zum Ziel gesetzt, in der Landes- und Kommunalpolitik mitzumischen. In diesem Jahr ist allerdings geradezu eine Inflation an GdP-Bewerbern für Bremer Mandate festzustellen. Ein Indiz dafür, dass sich die Kolleginnen und Kollegen immer häufiger von den „klassischen“ Politikern vergessen fühlen?

„Für den Bereich Innere Sicherheit und seine Beschäftigten gilt das mit Sicherheit“ sagt **Lüder Fasche**, der sich bislang schon erfolgreich als Fachgruppenvorsitzender bei der Kriminalpolizei engagierte und nun erstmals für die neue Wählergemeinschaft Bremer und Bremerhavener (B+B) auf Stimmenfang geht. Ein weiterer GdP-Fachgruppenvorsitzender ist mit dem Wasserschützer **Dierk Stahl** dabei, der sich nun auch als B+B-Mitglied nicht nur vehement für den Erhalt des Bremer Küstenbootes, sondern auch für die Ortspolizeibehörde stark macht. Mit Lüder Fasche und Dierk Stahl zusammen kandidiert die junge Kriminalpolizistin **Birthe Schmidt** mit B+B als einzige Kollegin für ein Mandat in der Bremischen Bürgerschaft.

Ebenfalls drei Bürgerschaftskandidaten aus dem Kreis der GdP bietet auch

die CDU auf. Unser ehemaliger Personalratsvorsitzender **Wilhelm Hinners** konnte dabei bereits in der vergangenen Legislaturperiode seine Fachkunde in die bremische Politik einbringen und fand als innenpolitischer Sprecher seiner Fraktion auch in den Medien viel Beachtung.

Neu auf der Kandidatenliste der Christdemokraten ist das Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes der GdP, **Rolf Oehmke**. Auch er sieht sich vor der schwierigen Aufgabe, „auch schon innerhalb der eigenen Partei für innenpolitische Probleme zu sensibilisieren.“ **Franz Roskosch** kennt diese Probleme schon länger. Der Beamte aus dem Polizeigewahrsam ist bereits seit mehreren Jahren im Beirat Walle vertreten und hat es dort bis zum Beiratssprecher gebracht. Er kandidiert auf dem letzten Platz der CDU-Liste auch für die Bürgerschaft. Ein Platz, den Insider aufgrund des neuen Wahlrechts längst nicht mehr als so aussichtslos beurteilen wie früher.

Bereits seit 2003 sitzt der Nordbremer **Reimund Kasper** (Verkehrsbereitschaft) für die SPD in der Bremer Bürgerschaft und hat sich dort als Verkehrsexperte einen Namen gemacht. Trotz Listenplatz 30 könnte aber auch ihm das neue Wahlrecht zu einer weiteren Legislaturperiode verhelfen.

Für das Stadtteilparlament in Obervieland bewirbt sich der ehemalige GdP-Landesvorsitzende **Hans Schulz** als Angehöriger der FDP. Im Beirat möchte er sich weiterhin im Verkehrsausschuss engagieren, aber auch dafür sorgen, dass in seinem Stadtteil wieder mehr polizeiliche Bürgernähe und eine durchgehend geöffnete Wache vorzufinden sind.

Bereits als Nachrückerin von Bündnis 90/Die Grünen fungierte für den Beirat Obervieland **Karoline Kaltenborn**, die am ESD Walle Dienst versieht. „Natürlich ist auch mal mein polizeilicher Sachverstand innerhalb der Partei gefragt“, skizziert Karoline ihr Engagement bei den Grünen. „Ich bin aber dort nicht als Polizeibeamtin, sondern als ökologisch interessierter Mensch Mitglied geworden“.

Was nur wenige vermuten dürften: Der Fraktionsgeschäftsführer der Partei Die LINKE ist gleichfalls GdP-Mitglied. **Leo Stefan Schmid** ist pensionierter Polizeibeamter des Saarlands und kam im Jahre 2008 in die Hansestadt.

Auch er erlebt gelegentlich, was alle im politischen Raum engagierten GdP-Mitglieder zu vereinen scheint, nämlich dass es nicht immer leicht und von Erfolg gekrönt ist, seine Parteifreunde von der Sichtweise eines Polizeibeamten zu überzeugen.



FACHGRUPPE SENIOREN (BRHV)

Über vorbeugenden Einbruchschutz informiert

Der Kollege Olaf Theuring von der kriminalpolizeilichen Beratungsstelle der OPB referierte auf unserer turnusgemäßen Sitzung am 8. März vor vollbesetztem Haus über das Thema: „Wie schütze ich mein befriedetes Besitztum“.

Dazu brachte er zur besseren Erläuterung einen Beamer mit, um uns transparent die nötigen Informationen visuell darstellen zu können. Als Rahmeninformation erläuterte er vorab die besonderen kriminellen Tätergruppen, die bei Wohnungs- und Hauseinbrüchen am häufigsten aktiv sind. Dabei ist es nur mit erheblichem finanziellen Aufwand möglich,

sein Haus oder die Wohnung so zu sichern, dass jeglicher Einbruchversuch von vornherein zum Scheitern verdammt ist. Aber bestimmte Maßnahmen, wie einbruchhemmende Fenster und Eingangstüren, mindestens der Widerstandsklasse 2, lassen sich allerdings auch mit geringeren finanziellem Aufwand nachrüsten. Jeder sollte dabei kritisch die Schwachstellen seines Hauses von allen Seiten und auch von oben unter die Lupe nehmen und analysieren, wo nachgerüstet werden sollte.

Olaf Theuring betonte, wie wichtig und hilfreich das Fotografieren der eigenen Räume, Einrichtungs- und Wertgegenstände ist und diese Fotos auch möglichst extern aufzubewahren, damit in einem Einbruchfall oder Totalschaden eines Hauses durch Brand der materielle Schaden einwandfrei nachgewiesen werden kann.

Der Kollege Olaf Theuring hat es verstanden, uns die Problematik dieses aktuellen Themas verständlich und umfangreich darzustellen, man merkte ihm an, dass er unsere Sprache spricht. Wir waren sehr angetan von seiner offenen Art.

Fragen aus unserem Kreis beantwortete er ohne „fachchinesisch“ und so verständlich, wie wir es noch aus unserer aktiven Dienstzeit kennen. Es hat Spaß gemacht, seinem Referat zu lauschen.

GdP-Tanzparty

am 05.11.11

Beginn 19:30 Uhr
Einlass 19:00 Uhr

im Bel Étage am Brill

mit der Liveband 7Green

Eine Veranstaltung der

FACHGRUPPE SENIOREN

Termine im Mai

Bremerhaven:

Dienstag, 10. Mai 2011, 16.00 Uhr,
Vereinsheim der Kleingärtner, Reuterhamm.

Bremen

Donnerstag, 12. Mai 2011, 15.30 Uhr,
Grollander Krug

Zu diesem Termin wird die Geschäftsführerin der Bremer Heimstiftung über Pflegeeinrichtungen und betreutes Wohnen im Alter informieren.

WoKa



Der Steuerzahlerbund – Beschützer der Steuerzahler?

Wer hat sich nicht schon als Beschäftigter des öffentlichen Dienstes über den Bund der Steuerzahler geärgert? Diese selbsternannten Hüter der Steuer-gelder und Verfechter eines abgemagerten Nachtwächterstaates?

In den letzten Wochen und Monaten konnten wir häufig Verlautbarungen des Bundes der Steuerzahler in der Presse verfolgen. Dabei stellte er sich als angeblich neutraler Sachwalter der deutschen Steuerzahler dar. Auffallend war dabei, dass gerade der öffentliche Dienst oft in seine Schusslinie geriet.

Wer ist der Bund der Steuerzahler?

Gründer war das ehemalige NSDAP-Mitglied, SS-Untersturmführer und Schulungsleiter für Rasse- und Siedlungsfragen im Dritten Reich, Karl Bräuer (Quelle: Wikipedia). Noch heute trägt das wissenschaftliche Institut des Bundes der Steuerzahler den Namen dieses Mannes.

Karl Bräuer übernahm 1935 einen Lehrstuhl an der Universität Leipzig, den zuvor Bruno Molls innehatte, diesen jedoch wegen seiner jüdischen Herkunft hatte räumen müssen (WISO-Info 1/2011). 1936 wurde Bräuer zum Präsidenten der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft gewählt. Einer von den Nationalsozialisten gegründeten Standesorganisation für Wirtschaftswissenschaftler.

1946 wurde Karl Bräuer im Zuge der Entnazifizierung emeritiert (Entzug des Lehrstuhls) und aus allen seinen Ämtern entlassen. 1949 gründete er mit anderen den Bund der Steuerzahler, dessen Vorstand er bis 1960 angehörte.

Der Steuerzahlerbund sieht sich in der Tradition der Steuerzahlerbewegungen in anderen europäischen Ländern sowie in den USA. In diesem Zusammenhang strebt er als sein vordringliches politisches Ziel das Absenken der Staatsquote auf 30% an. Bei der Staatsquote handelt es sich um die Summe aller Haushaltsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden sowie der gesetzlichen Sozialsysteme im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (Bruttonationaleinkommen). Die Staatsquote Deutschlands liegt mit 43,5% (2008) weit unter dem Durchschnitt aller europäischen Länder. Sie ist jedoch höher als in den USA oder Japan. Bislang waren die Sozialsysteme in den USA zum größten

Teil privat organisiert. Zieht man die Kosten der Sozialsysteme von der Staatsquote Deutschlands ab, so liegt sie hier bei 24,7% (2007) (USA etwa 34%).

Damit entfällt die Grundlage für die Behauptung des Steuerzahlerbundes, dass Deutschland die höchste Abgabenlast aller Industrieländer aufweist.

Steuerzahlerbund vertritt Besserverdienende

Grund für die neoliberale Ausrichtung des Steuerzahlerbundes hin zu einem kaum noch handlungsfähigen Nachtwächterstaat ist seine Zusammensetzung. Seine derzeit rund 310 000 Mitglieder (2001 noch 426 000) setzen sich zu 60% aus Unternehmern und gewerblichen Mittelständlern zusammen. Zu 15% aus Freiberuflern und der Rest aus leitenden Angestellten. Damit vertritt der Steuerzahlerbund Unternehmen, Mittelständler und Gutverdienende. Von einer seriösen und neutralen Vertretung aller Steuerzahler kann also nicht die Rede sein.

Gegen eine strikte Neutralität spricht auch, dass der Steuerzahlerbund eng mit der ERGO-Versicherungsgruppe verknüpft zu sein scheint. Diese Verknüpfung ergibt sich aus einer lang andauernden Verbindung zwischen dem Bund der Steuerzahler und der Hamburg-Mannheimer Versicherungsgesellschaft, die die Anwerbung von Mitgliedern für den Steuerzahlerbund übernahm. Beide zogen Nutzen aus dieser Verbindung. Während die einen dadurch an neue Mitglieder kamen, hatten die anderen die Gelegenheit, auf diesem Wege das Image des Steuerzahlerbundes nutzend Versicherungsverträge abzuschließen.

Seltene Verbindung zur Versicherungswirtschaft

Dass diese Verbindung nach dem Aufgehen der Hamburg-Mannheimer in die ERGO-Versicherungsgruppe fort dauert, kann man daran ablesen, dass der Steuerzahlerbund Kontaktdaten per Zeitungsannoncen weitergab, bei denen es sich um die der ERGO-Versicherungsgruppe handelte. In diesem Zusammenhang sei am Rande erwähnt, dass der Versicherungslobbyist Bernd Raffelhüschen Preisträger eines vom Bund der Steuerzahler alle drei Jahre ausgelobten Preises in Höhe von 10 000 Euro ist. Eines Preises, der „für publizistische und wissenschaftliche Arbeiten, die

sich in sachlich einwandfreier und eindrucksvoller Weise mit der Finanzwirtschaft der öffentlichen Hand befasst haben“, verliehen wird (Zitat Steuerzahlerbund Pressemitteilung 2002).

Wer bei jeder Gelegenheit Politikern wegen ihrer Ausgabenpolitik auf die Finger schlägt, den öffentlichen Dienst permanent verdächtigt, ineffektiv zu sein und gleichzeitig einen moralisch-ethischen Anspruch hat, muss sich auch daran messen lassen.

Sattes Präsidentengehalt

Doch der Verbandspräsident hatte sich im Jahre 2005 nicht an seine eigenen Forderungen gehalten, dass Einkünfte transparent zu gestalten sind. Wenn bis dahin noch viele geglaubt hatten, dass Amt des Präsidenten des Bundes der Steuerzahler sei ehrenamtlicher Natur, wurden sie eines Besseren belehrt. Herr Däke bezog zum damaligen Zeitpunkt als Präsident des Steuerzahlerbundes im Jahr 80 000 Euro, 53 000 Euro als Vorstandschef des verbandseigenen Karl-Bräuer-Instituts, 51 000 Euro Vorstandsvergütungen vom Landesverband Nordrhein-Westfalen und 8000 Euro Aufwandsentschädigung von der Hamburg-Mannheimer-Versicherung für seine Tätigkeit im Beirat der Gesellschaft. Dazu kommen noch Honorare für Reden und Vorträge.

Der DGB zieht in seiner Schrift WISO Info 1/2011 folgendes Fazit zum Steuerzahlerbund:

Es gibt wohl kaum eine Institution, die so schamlos – aber leider auch so erfolgreich – mit ihrem Namen Etikettenschwindel betreibt. Der Bund der Steuerzahler ist im Grunde eine Tarnorganisation, die knallharte neoliberale Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit betreibt. Auch scheint der Steuerzahlerbund – um es vorsichtig auszudrücken – ein ziemlich unreflektiertes Verhältnis zur braunen Vergangenheit ihres Gründers zu haben. Viele gute Gründe, um den Bund der Steuerzahler und seine politischen Motive bei jeder sich bietenden Gelegenheit ins wahre Licht zu rücken.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Horst Göbel
Landesvorsitzender

Quellen:
WISO-Info 1/2011
Rudolf Speth

Steuern, Schulden und Skandale. Für wen spricht der Steuerzahlerbund?

